

"Was uns nicht tötet, macht uns nur stärker!" – die Europäische Union nach dem britischen EU-Referendum

EUROPÄISCHER RATSGIPFEL VOM 28./29. JUNI 2016

Fünf Tage nachdem sich das britische Volk in einem Referendum gegen den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union ausgesprochen hat, trafen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs am 28./29. Juni 2016 zum regulären Juni-Gipfel. Zunächst wurde mit dem britischen Premierminister über die Ergebnisse sowie die nächsten Schritte diskutiert. Anschließend einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU27 in einer internen Runde auf sieben Grundsätze im weiteren Umgang mit dem Vereinigten Königreich. Zudem wurde für den 16. September 2016 ein Sondergipfel einberufen, auf dem über notwendige Reformen der EU gesprochen werden soll. Die intensiven Gespräche zum Thema „Brexit“ haben die anderen Diskussionspunkte während des Rates in den Hintergrund gedrängt. Zu Unrecht, denn auch hier zeichnen sich bedeutende Schritte ab. Neben dem Thema Migration wurde auch über eine engere EU-NATO-Kooperation, über eine verstärkte Initiative der Europäischen Investitionsbank (EIB) und über das Thema Außengrenzen bzw. europäische Sicherheit gesprochen. Ebenso wurde eine neue EU-Binnenmarktstrategie vorgestellt.

1. Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union

Hintergrund: Nach monatelangen Verhandlungen einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Ratsgipfel im Februar 2016 mit Großbritannien auf den 'EU-Reform-Deal'. Im Gegenzug für geminderte Sozialleistungen an EU-Zuwanderer, einen stärkeren Schutz für Nichtmitglieder der Eu-

rozone und der expliziten Erwähnung, dass Großbritannien nicht an der fortschreitenden Integration der EU teilnimmt, verpflichtete sich der britische Premierminister, David Cameron, beim Referendum am 23. Juni 2016 für einen Verbleib Großbritanniens in der EU zu werben. Man hoffte, dass man damit den Austritt des wichtigen Mitgliedstaates doch noch verhindern konnte. In den britischen Medien wurde die Übereinkunft überwiegend negativ bewertet und der ehemalige Bürgermeister Londons, Boris Johnson, sowie der amtierende Justizminister, Michael Gove, traten offiziell der LEAVE-Kampagne bei. Der britischen Regierung gelang es auch in den folgenden Wochen nicht, die starken Vorbehalte vieler Briten gegen die EU sowie die falschen Behauptungen der LEAVE-Kampagne glaubhaft zu entkräften. Das britische Volk sprach sich im Referendum am 23. Juni 2016 mit 52% der Stimmen gegen den Verbleib des Landes in der Europäischen Union aus.

Bis zum Schluss hatte man im politischen Brüssel auf ein anderes Ergebnis gehofft. Die Europäischen Institutionen vertreten durch den Ratspräsidenten, Donald Tusk, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, dem Inhabers der Ratspräsidentschaft, Mark Rutte und den Kommissionspräsidenten, Jean-Claude Juncker, veröffentlichten am Freitag eine gemeinsame Erklärung. Zwar bedauern sie ausdrücklich die Entscheidung des britischen Volkes, unterstrichen aber, dass man an den Kernwerten der Gemeinschaft festhalten müsse. Die Europäische Union sei die gemeinsame politische Zukunft aller 27 Mitgliedstaaten, welche durch ihre Geschichte, Geographie und Interessen eng miteinander verbunden seien. Die britische Regierung müsse nun schnellstmöglich gem. Art. 50

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
KAI ZENNER
OLIVER MORWINSKY

Juni 2016

EUV den Rat offiziell über den Austrittswunsch in Kenntnis setzen. Aufgrund des kurz zuvor angekündigten Rücktritts des britischen Premierministers David Camerons wird diese Erklärung wohl erst im Oktober erfolgen.

Für die meisten politischen Akteure in Brüssel ist eine solch lange Phase der Ungewissheit nicht zumutbar. Unmissverständlich wird daher eine schnellstmögliche Durchführung der Gespräche gefordert, Neuverhandlungen mit Großbritannien werde es nicht geben. Insbesondere die Europäische Kommission und das Europäische Parlament sprechen sich geschlossen für eine harte Verhandlungslinie aus. Der EVP-Parteivorsitzende, Joseph Daul, kommentiert das weitere Vorgehen mit den Worten: "Es gibt keine Sonderbehandlung. Die Zeiten des Rosinenpickens sind vorbei." In einer Entschließung sprach sich eine große Mehrheit des Parlaments am Dienstag für einen möglichst raschen Beginn des Austrittsverfahrens aus. Europäischer Rat und einige Mitgliedstaaten treten hingegen auf die Bremse. Es sei keine Eile erforderlich – einzig die britische Regierung entscheide, wann sie das Austrittsverfahren nach Art. 50 EUV starten möchte. Auch zur Frage, wer die Verhandlungsführung bei den Gesprächen mit Großbritannien übernimmt, gibt es Unstimmigkeiten zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat. Sowohl Ratspräsident Donald Tusk als auch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beanspruchen die Führung der Verhandlungen für das jeweilige EU-Organ. Die Gespräche mit Großbritannien wird für die EU eine neu eingerichtete Brexit-Taskforce unter Leitung von Didier Seeuws, Kabinettschef des ehemaligen EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy, übernehmen.

Die teils zurückhaltenden Aussagen von Vertretern der LEAVE-Kampagne nimmt man in Brüssel mit Überraschung auf. Nach Informationen aus britischen Regierungskreisen liegen keine konkreten Pläne für ein Vorgehen nach dem LEAVE-Vote vor. Ziel der britischen Regierung sei es, zunächst in einem informellen Prozess die Hauptbedingungen und die Zeitspanne für einen Aus-

tritt mit der EU zu verhandeln. Auch die Formalisierung des EU-UK-Abkommens soll außerhalb des Verfahrens nach Art. 50 EUV vollzogen werden. Beides wird allerdings sowohl von den EU-Institutionen als auch von den EU-Mitgliedstaaten abgelehnt.

Ergebnisse des Ratsgipfels: Während der gemeinsamen Arbeitssitzung am Dienstag-nachmittag besprach man alle Themen ohne Bezug zum britischen Referendum. Während der folgenden Dinner-Sitzung bezog der britische Premierminister David Cameron dann Stellung zum Ergebnis des Referendums und präsentierte seine Vorstellungen zum weiteren Vorgehen. Das Vereinigte Königreich strebe eine engst mögliche Partnerschaft mit der EU an. Cameron stellte zudem klar, dass er das Ergebnis des Referendums zwar bedauere, seine Entscheidung das britische Volk zu befragen, wäre aber richtig gewesen. Die tatsächlichen Austrittsverhandlungen übernehme sein Nachfolger. Teilnehmer beschrieben die Atmosphäre während des Dinners als "traurig" aber "konstruktiv". Am nächsten Vormittag fand dann ein informelles Treffen der EU27 Staats- und Regierungschefs statt. David Cameron nahm an der Sitzung nicht mehr teil. Im Anschluss an eine vierstündige Diskussion veröffentlichten die Vertreter der EU27 eine gemeinsame Erklärung:

- Die EU27 bedauern den Ausgang des Referendums, aber respektieren den Willen des britischen Volks. Bis zum Austritt Großbritanniens aus der EU gelte im Land weiterhin das europäische Recht und somit auch alle damit einhergehenden Rechte und Verpflichtungen.
- Die Austrittsverhandlungen richten sich nach Art. 50 EUV und beginnen mit der Inkennntnissetzung des Rates durch die britische Regierung. Der Europäische Rat wird anschließend Leitlinien für die Verhandlungen festlegen.
- In einem zukünftigen Abkommen mit dem Vereinigten Königreich wird das Land als Drittstaat behandelt. Voraussetzung für einen Zugang zum Binnenmarkt ist die Akzeptanz aller vier Grundfreiheiten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
KAI ZENNER
OLIVER MORWINSKY

Juni 2016

- Die EU steht für eine historische Errungenschaft für Frieden, Wohlstand und Sicherheit in Europa und stellt auch weiterhin den gemeinsamen politischen Rahmen für die Mitgliedstaaten dar. Zur Behebung von Missständen wird man im Rahmen der strategischen Agenda neue Reformimpulse entwickeln, wobei dieser Prozess von den Staats- und Regierungschefs angeführt werden wird.
- (2) Jobs, Wachstum, saubere Energie, Investments in die Digitalisierung
 - (3) Jugendaustausch-Programme und Mobilität der Bürger

Auch das Europäische Parlament sprach sich in einer Entschließung am Dienstag für Reformen aus. Diese müssten zu einer Union führen, die das bietet, was die Bürger von ihr erwarteten. Der Kern der EU müsste gestärkt und die Union besser und demokratischer werden. Insbesondere gelte es, die wirtschaftliche und soziale Unsicherheit in Europa zu beheben

Bundeskanzlerin Merkel zeigte sich nach dem Gipfel zufrieden mit der gemeinsamen Erklärung des Europäischen Rats. Hinsichtlich der Reformbemühungen unterstrich sie, dass diese einfach und unbürokratisch sein müssten. Vertragsveränderungen wären nicht notwendig. Die VISEGRAD-Gruppe forderte hingegen umfassende Veränderungen. Anstelle von großen ideologischen Diskussionen sollte man sich wieder auf die Kernbereiche der EU konzentrieren. Ratspräsident Donald Tusk sprach von einem ernstesten Moment in der Geschichte der EU. Der Austritt Großbritanniens müsste geordnet nach Art. 50 EUV ablaufen. Zwar hätte er die Hoffnung, dass Großbritannien ein enger Partner bliebe, einen Binnenmarkt à la carte gäbe es aber nicht.

Die Staats- und Regierungschefs erkennen zudem an, dass viele EU-Bürger unzufrieden mit der aktuellen politischen Situation in Europa und in den Nationalstaaten sind. Die Bürger erwarten von der EU, dass sie ihre Bemühungen steigert Sicherheit, Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen. Auf dem Sondergipfel am 16. September 2016 in Bratislava werden die Staats- und Regierungschefs daher Reformstrategien erörtern. Die EU soll sich in Zukunft – gemäß ihrer vertraglich festgeschriebenen Kompetenzen – auf die Kernbereiche 'Wirtschaft / Wachstum / Beschäftigung / Sicherheit / Verteidigung' konzentrieren. In einem gemeinsamen Statement konkretisieren Bundeskanzlerin Angela Merkel, Präsident Francois Hollande und Ministerpräsident Matteo Renzi diese Vorstellungen:

- (1) Sicherheit, Grenzkontrollen und Kampf gegen den Terrorismus

Kommentar und Ausblick: Das Ziel des Gipfels war es Ruhe und Geschlossenheit zu signalisieren. Die Staats- und Regierungschefs erkennen in ihrem Statement zum einen an, dass sich Großbritannien innenpolitisch in einer unruhigen Lage befindet und die britische Regierung zurzeit noch keinen genauen Exit-Plan besitzt. Zum anderen müsse Großbritannien aber verstehen, dass die EU ihre Arbeit nicht einstellen kann bis das Land ausgetreten ist. Die Funktionsfähigkeit der EU müsse sichergestellt sein. Bis zur Benachrichtigung gemäß Art. 50 EUV werde es keine Verhandlungen geben.

Die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Referendums auf Großbritannien sind – wie es in einer Vielzahl von Studien vorhergesagt wurde – gravierend. Bei den britischen Konservativen ist nach dem angekündigten Rücktritt von David Cameron ein Machtkampf um die Nachfolge ausgebrochen. Oppositionsführer Corbyn von Labour verlor gar ein parlamentarisches - allerdings nicht bindendes - Misstrauensvotum. Schon in den Tagen nach dem Referendum sprechen die wirtschaftlichen Zahlen eine deutliche Sprache: allein am Freitag beliefen sich die Verluste auf den britischen Märkten auf 350 Mrd. Euro, der Kurs des britischen Pfunds war zwischenzeitlich so schwach wie seit 1985 nicht mehr. Mehrere große Unternehmen kündigten zudem die Prüfung der Verlegung von Standorten in die Europäische Union an. Schließlich stuften die beiden Ratingagenturen 'Standard & Poor' sowie 'Fitch' Großbritanniens Kreditwürdigkeit herunter.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
KAI ZENNER
OLIVER MORWINSKY

Juni 2016

Der UKIP-Europaabgeordnete Roger Helmer vertrat am Dienstagabend die Auffassung, die Union bräuchte Großbritannien dringender als das Land die EU. Er ginge davon aus, dass die EU jetzt mit dem Königreich eine für das Land wirklich vorteilhafte Sondervereinbarung aushandelte. Diese Vereinbarung könnte man dann in 2 Jahren der britischen Öffentlichkeit vorstellen, die dann erneut über einen Brexit abstimmen könnte. Die EU wäre ein dem Untergang geweihter, kranker Wirtschaftsraum. Die Briten wollten an dieser Entwicklung nicht teilhaben.

Richtig daran ist wohl, dass die Zeiten, in denen ernsthaft Deregulierung betrieben wurde und damit die Kraft der Märkte zur Entfaltung kam, seit etwa der Jahrtausendwende vorbei sind. Viele Versuche, deregulierend und damit befreiend zu wirken, wie die von Kommissar Frits Bolkestein vorgeschlagene Dienstleistungsrichtlinie, fanden keine Zustimmung. Viele andere den Markt einschränkende Richtlinien wurden angenommen und behindern seitdem die wirtschaftliche Entwicklung. Die EU ist im neuen Jahrtausend staatsmerkantilistischer geworden. Allerdings wünscht sich offensichtlich eine Mehrheit der Bewohner der EU genau diese Entwicklung, und daher ist sie eben im eigentlichen Sinne demokratisch. Nur: In einem Teil der Mitgliedsstaaten gibt es dafür eben keine Mehrheit. Großbritannien zählt sicher dazu, aber in der Tendenz wohl auch die Mehrheit der seit 2004 beigetretenen Länder. Wenn also Parlament und Rat zu Reformen aufrufen, so können sich dahinter alle versammeln. Die Frage, was denn konkret und in welcher Richtung reformiert werden soll, beantworten die Bewohner der Mitgliedsstaaten und die Parlamentarier je nach Nationalität und Parteizugehörigkeit völlig unterschiedlich. Die Wahrscheinlichkeit, dass den Ankündigungen groß angelegte Reformen folgen (können), ist eher gering. Vielleicht wäre die simple Feststellung, dass die Union nicht perfekt ist, aber das Beste, was die Europäer bekommen können, aufrichtiger.

Weitere Enttäuschungen könnten zu weiteren Absetzbewegungen führen. Keine guten Aussichten für die Zukunft der europäischen Integrationsidee.

2. Migrationskrise

Um kurz nach 19 Uhr endete am Dienstag die erste Arbeitssitzung. Im Mittelpunkt stand das Thema Migration.

Die Schließung der Balkanroute und die Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei (EU-Türkei-Abkommen) haben zunächst für einen spürbaren Rückgang der Flüchtlingszahlen gesorgt. Dennoch: Die Zahlen werden voraussichtlich nicht so niedrig bleiben. Somit ist es aus Sicht der Staats- und Regierungschef von großer Bedeutung, dass die EU an einer nachhaltigen Lösungsstrategie arbeitet.

Hintergrund: Auf dem letzten Ratsgipfel am 17. und 18. März 2016 einigten sich die EU und die Türkei auf das sog. EU-Türkei-Abkommen. Dieses sieht im Kern vor, dass Griechenland alle illegal einreisenden syrischen und nicht-syrischen Flüchtlinge in die Türkei zurücktransferiert. Im Gegenzug nimmt die EU für jeden ausgewiesenen Syrer je einen in der Türkei ordnungsgemäß registrierten syrischen Flüchtling auf. In Kombination mit der Schließung der Balkanroute führt dies zu einer erheblichen Verringerung der Flüchtlingszahlen erkennen. Vom Flüchtlingsstrom sind maßgeblich die griechischen Inseln betroffen. Im Oktober 2015 erreichten diese täglich 7.000 Menschen. Im Mai 2016 waren es lediglich 50 pro Tag. Von einer endgültigen Lösung ist man jedoch noch weit entfernt.

So geht es auch darum, die Implementierung des Umverteilungs- bzw. Neuansiedlungsmechanismus zu beschleunigen sowie Maßnahmen für mögliche Ausweichrouten zu prüfen.

Bekämpfung der Fluchtursachen

Der erste Schritt, die Begrenzung der Anzahl der ankommenden Flüchtlinge, wurde erfolgreich getätigt. Nun geht es um die Bekämpfung der Fluchtursachen. Hierfür ist es nötig – und darin waren sich die Staats- und Regierungschefs einig – die Zusammenarbeit mit den Transit- aber auch den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu verbessern. Insbesondere soll die Implementierung des sog. Valletta Action Plans beschleunigt werden. Dieser nimmt die Bekämpfung der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

KAI ZENNER

OLIVER MORWINSKY

Juni 2016

Fluchtursachen für irreguläre Migration und Vertreibung in den Fokus. Teilnehmer sind u.a. westafrikanische Staaten, Vertreter der Afrikanischen Union, die Vereinten Nationen und die Internationale Organisation für Migration. Gemäß diesem Plan sollen die Möglichkeiten der legalen Arbeitsanwerbung verbessert werden. Der Eintritt in den Arbeitsmarkt ist einer der zentralen Punkte wenn es um die Themen Migration und Integration geht. Neben der Beschleunigung der Visa-Verfahren behandelt der Plan auch das Thema Menschen schmuggel, die Vereinbarung und Durchsetzung von Rückführungsabkommen, in denen sich afrikanische Staaten verpflichten, illegal in die EU eingereiste Landsleute, wieder aufzunehmen. Hieran mangelt es derzeit noch.

Finanzielle Unterstützung

Die Teilnehmer unterstrichen, dass es darum geht, alle verfügbaren Instrumente zur finanziellen Unterstützung zu nutzen. Im besonderen Fokus steht hierbei die Europäische Investitionsbank (EIB). Sie soll, nach Ansicht der Staats- und Regierungschefs, die südlichen Nachbarn der EU sowie die Staaten auf dem Westbalkan fördern. Die EIB steht bereits in Verhandlungen über eine Rahmenvereinbarung mit dem libyschen Staat. Es geht der EIB insgesamt vor allem um die Entwicklung von Infrastrukturprojekten, die die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit von Ländern mit hohem Flüchtlingsaufkommen sicherstellen. Im Februar 2016 förderte die EIB bereits mit 250 Mio. Euro Straßeninfrastrukturprojekten in Tunesien.

Ergebnisse des Ratsgipfels:

Aufgrund des Alles überschattenden Themas „Brexit“, nahm man die Schlussfolgerungen fast diskussionslos an.

Schlussfolgerungen:

- Die Länder des westlichen Balkans sollen weiterhin bei der Bekämpfung der Flüchtlingskrise unterstützt werden. Dies gilt insbesondere im Kampf gegen Menschen schmuggler. Verbesserungsbedarf bei der Implementierung des Umverteilungs- bzw. Neuansiedlungsmechanismus's.

- Der Strom der Wirtschaftsflüchtlinge im zentralen Mittelmeerraum ist kaum verebbt. Zur Lösung bedarf es einer effektiven Partnerschaftsrahmenvereinbarung (Partnership framework) zwischen der EU und den betroffenen Transit- bzw. Herkunftsländern. Diese Vereinbarung soll auf „wirksamen Anreizen“ und „angemessener Konditionalität“ beruhen. Der Valletta Action Plan soll hier seinen Beitrag leisten.

Die angesprochenen Lösungen sollen unter Zuhilfenahme aller relevanten politischen Maßnahmen (wie z.B. Entwicklung und Handel) erreicht werden. Mitinbegriffen könnten hier auch Maßnahmen sein, die in den Kompetenzrahmen der Mitgliedsstaaten fallen. Der Plan ist, mögliche Synergien ausfindig zu machen.

Die EU-Außenbeauftragte, Federica Mogherini, wird die Implementierung dieses neuen Ansatzes leiten und Ende des Jahres erste Vereinbarungen präsentieren.

- Die EIB wird im Rahmen der neuen Partnerschaftsvereinbarung eine unterstützende Rolle einnehmen. Insbesondere im Zuge der finanziellen Unterstützung der südlichen EU-Nachbarschaft und des westlichen Balkans.

Noch in diesem September soll die Kommission einen Vorschlag für einen ehrgeizigen externen Investitionsplan (External Action Plan) einreichen, welcher sodann vom Rat sowie vom Europäischen Parlament prioritär behandelt und geprüft werden soll.

- Die Staats- und Regierungschefs verwiesen noch einmal auf ihre Schlussfolgerungen aus Oktober 2015 und bekräftigten ihren Willen darin, die Kontrolle über die EU-Außengrenzen weiter zu verstärken.

Die politische Übereinkunft zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat hinsichtlich des „Küstenwachenvorschlags“ wurde begrüßt. Dieser Vorschlag umfasst die Einrichtung einer Europäischen Agentur für Grenz- und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
KAI ZENNER
OLIVER MORWINSKY

Juni 2016

Küstenwache (die bestehende Agentur Frontex mit erweiterten Aufgaben) sowie nationalen, für das Grenzmanagement zuständigen, Behörden. Im Zentrum ihrer Kompetenzzuschreibung soll die Entwicklung einer operativen Strategie für das integrierte europäische Grenzmanagement stehen.

Kommentar und Ausblick: Dass eine der drängendsten und wichtigsten Aspekte der EU-Migrationspolitik, die Justierung des Umverteilungs- bzw. Neuansiedlungsmechanismus', lediglich ‚nebenbei‘ besprochen wird, ist kein gutes Zeichen. Auch die Implementierung der Vorgaben in türkisches Rechts bedarf gesteigerter Aufmerksamkeit.

Die Tatsache, dass der Ansatz der Partnerschaftsvereinbarung auf andere Länder und Regionen ausgeweitet werden kann, lässt darauf schließen, dass sie als Blaupause für künftige Migrations- und Flüchtlingskrisen dienen soll.

Insgesamt im Westen wenig Neues Der Schutz der Außengrenzen und die Stärkung der Grenz- und Küstenwache wurden erneut erwähnt. Im Kern kommt es aber auf die Mitgliedsstaaten und ihre Bereitschaft an, die europäischen Vorgaben und Initiativen auch tatsächlich umzusetzen.

3. Außenbeziehungen

Im Bereich der Außenbeziehungen stach das Thema „Europäische Sicherheit“ hervor. Die EU-Außenbeauftragte, Federica Mogherini, präsentierte auf dem Gipfel das von ihr und dem European External Action Service (EEAS) entworfene Papier: „A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy“.

Hintergrund: Die Arbeit an diesem Papier wurde wegen des Referendums in Großbritannien streng geheim gehalten. Man wollte den EU-Gegnern nicht noch zusätzliches Futter liefern. Mogherini betont ihrem Vorwort, dass mit einem Ausscheiden Großbritanniens, eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik umso wichtiger und nötiger ist: Die Union sei in ihrer Existenz in Frage gestellt.: „Die Union braucht eine Strategie. Wir brauchen eine gemeinsame Vision und

gemeinsames Handeln“. Auch und gerade für das transatlantische Verhältnis spiele dies eine bedeutende Rolle.

Die immer mal wieder – zuletzt auch durch den Kommissionspräsidenten - aufkommende Forderungen nach einer EU-Armee, werden nicht gestützt: „Die NATO [bildet in Sachen Verteidigung] für die meisten Mitgliedsstaaten den primären Rahmen“ schreibt Mogherini. Dennoch soll die Sicherheitsgemeinschaft gestärkt werden, bspw. durch die Fähigkeit, EU-Bodentruppen kurzerhand einsetzen zu können.

Fünf Prioritäten

Die EU-Außenbeauftragte definiert in ihrem Vorschlag fünf Prioritäten:

1. Sicherheit
2. staatliche und gesellschaftliche Widerstandskraft im Osten und Süden der EU
3. integrierter Ansatz in der Konfliktbewältigung
4. kooperative Regionalstrukturen
5. Global Governance des 21. Jahrhunderts.

Die bisherige, teilweise als zu stark moral-imperialistische wahrgenommene Außenpolitik des „Westens“, scheint sich verfangen zu haben. Im neuen Vorschlag wird besonders hervorgehoben, dass es nicht darum geht, dieses Modell in die Welt zu exportieren. Es gehe vielmehr darum, „Inspiration“ im gegenseitigen Austausch zu fördern.

In den Schlussfolgerungen findet sich der Satz wieder, dass der Rat die Präsentation der EU-Außenbeauftragten begrüßt und sie zur Fortentwicklung einlädt.

Aus informierten Kreisen wurde verlautet, dass man bereits darüber nachdenkt, den Vorschlag im Rahmen eines regulären Rats der Außen- und Verteidigungsminister und möglicherweise auch der Energie- und Handelsminister anzunehmen. Zunächst sollen die Mitgliedsstaaten bis zum Ende des Jahres über die Umsetzung der Strategie in Klausur gehen.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD
KAI ZENNER
OLIVER MORWINSKY

Juni 2016

Stärkung der Glaubwürdigkeit

In der Strategie betont Mogherini, dass eine gemeinsame und verstärkte Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch der Investitionen bedarf. Um die Glaubwürdigkeit in Sachen gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken, müssen die Mitgliedsstaaten ein angemessenes Level an Verteidigungsausgaben aufweisen: Das Papier spricht von 20 % der Ausgaben für Ausrüstung, Forschung und Technologie. Gesichert werden soll dies durch eine kollektive Verpflichtung der Staaten. Sie sollen zwar auch weiterhin Souverän über ihre Verteidigungspolitik bleiben, allerdings müssen grenzüberschreitende Kooperationen im Rahmen der Verteidigung die Regel werden.

Schlussfolgerungen:

- Die Staats- und Regierungschefs wiederholen ihre Bereitschaft die libysche Übergangsregierung (Government of National Accord; GNA), die seit dem 17.12.2015 im Amt ist, zu unterstützen. Dies ist vor allem für die Wiederherstellung der Sicherheit, zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Bewältigung der Flüchtlingskrise von Bedeutung.

In diesem Kontext wird die Annahme der UN-Resolution 2292 begrüßt. Die am 14. Juni 2016 einstimmig von den Vereinten Nationen beschlossene Resolution zielt auf eine glaubwürdige und nachhaltige Umsetzung des Waffenembargos aus und nach Libyen, die Unterstützung der nationalen Regierung und der Förderung der europäischen Initiativen ab.

- In Anwesenheit des NATO Generalsekretärs Jens Stoltenberg, wurde eine verstärkte Zusammenarbeit im Lichte der „beispiellosen“ Herausforderungen im Süden und Osten der EU-Grenzen beschlossen.

Abschließend äußerte sich der momentane Ratsvorsitzende, der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte zum Ergebnis des Referendums zum EU-

Assoziierungsabkommen mit der Ukraine in den Niederlanden. Es fiel negativ aus (mit 64 % Ablehnung). Die Staats- und Regierungschefs ermutigten den Rat schnellstmöglich eine mögliche, rechtlich bindende Lösung zu finden.

Mark Rutte schätzt die Chancen zur Findung einer positiven, rechtlich bindenden Lösung, als gering ein.

Kommentar und Ausblick:

Die vorgelegte Strategie Mogherini's ist durchaus richtungsweisend. Dass Europa mit einer Stimme sprechen muss, ist schon lange ein Wunsch integrativ denkender Europäer. Im Lichte der derzeit die freie westliche Welt bedrohenden Herausforderungen, scheint dieser Wunsch angebrachter als je zuvor zu sein; vor allem in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Den globalen Bedrohungen kann man nur gemeinsam begegnen. Zudem schafft ein gemeinsames, einheitliches Auftreten ein größeres Drohpotenzial. Die Idee der schnellen Einsetzbarkeit von Bodentruppen erinnert an die Konzeption der schnellen Eingreiftruppe der NATO.

Dass diese Vision nicht in Stein gemeißelt ist macht die Tatsache deutlich, dass sie einer jährlichen Überprüfung unterzogen werden soll.

Das Papier ist „realpolitisch“ konzipiert, und zwar im Sinne der Rückkehr zu dieser.

4. Binnenmarktstrategie

Die Staats- und Regierungschefs beschloßen den Binnenmarkt nicht nur zu vertiefen, sondern ihn auch fairer zu gestalten. Hierfür bedarf es verschiedener Strategien. Insbesondere soll der digitale Binnenmarkt gefördert werden: Barrieren im Onlinehandel sollen fallen, ebenso wie ungerechtfertigtes Geo-Blocking. Weitere Punkte: Wegfall der Roaming-Gebühren ab Juni 2017, grenzüberschreitende Mobilität im Rahmen von digitalen Inhalten, Reformen des Urheberrechts im audiovisuellen Gefüge und bessere Koordination im 5G-Bandbreitenausbau. Ziel ist, das volle Potenzial des Binnenmarktes auszuschöpfen und Wachstum zu befeuern, Arbeitsplätze zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

DR. STEFAN GEHROLD

KAI ZENNER

OLIVER MORWINSKY

Juni 2016

Weiter wurde sich darauf geeinigt, die Kapitalmarktunion weiter voranzubringen. Im Hinblick auf die Entwicklungen der Bankenunion wurde Bilanz gezogen. Die Gipfelteilnehmer hoben die Bedeutung des Kampfes gegen Steuerbetrug und –vermeidung hervor. Die Ergebnisse des Europäischen Investment Plans in Verbindung mit dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) wurden als wichtiger Schritt in Richtung der Mobilisierung von privatem Kapital bezeichnet.